

Ausreichend Geld für Gebäudesanierungen

Trotz Volks-Nein zur Energiesteuer hat es noch genügend Mittel im Fördertopf des Energiepakets

Von Thomas Dähler

Liestal. Das Katastrophenszenario nach der negativ ausgegangenen kantonalen Abstimmung über die Energiesteuer ist nicht eingetroffen. Etwas mehr als ein Jahr nach der Abstimmung kann festgestellt werden, dass sich noch genügend Mittel im Fördertopf des Kantons für energetische Gebäudesanierungen befinden. Nach den Angaben der Bau- und Umweltschutzdirektion in Liestal sind auch noch bis weit ins Jahr 2019 hinein Mittel für neue Gesuche vorhanden. Im Vorfeld der Abstimmung vom 27. November 2016 hatten das Komitee «Ja zu Energie-Fördermassnahmen» und die Wirtschaftskammer Baselland vorausgesagt, bei einem Nein gebe es bereits ab 2018 keine Unterstützungsgelder für energetische Sanierungen aus dem Fördertopf mehr.

Daran ändert auch die gerichtliche Verfügung nichts, die es dem Kanton Baselland untersagt, Gesuche wie bisher über die Wirtschaftskammer Baselland abzuwickeln. Gemäss dem «Regionaljournal» von Radio SRF darf



Solaranlage auf dem Dach. Für energetische Sanierungen fliessen weitere Unterstützungsgelder. Foto M. Müller

die Wirtschaftskammer Baselland die Gesuche nicht mehr bearbeiten, weil eine Klage gegen das Ausschreibungsverfahren hängig ist. Die landesweit tätige Firma Effienergie vermutet nämlich, dass die Baselbieter Bau- und Umweltschutzdirektion den Auftrag für

das Handling der Fördermassnahmen unrechtmässig erneut der Wirtschaftskammer-Tochter IWF zugesprochen hat. Zurzeit ist deshalb die Bau- und Umweltschutzdirektion gemäss dem Radiobericht daran, eine eigenen Organisation für das Handling der Gesuche aufzubauen, die mindestens bis zu einem rechtsgültigen Gerichtsentscheid für Kontinuität sorgen muss.

Der juristische Streit um das Handling der Fördermassnahmen ist auch Wasser auf die Mühlen der im November 2016 siegreichen Gegner einer kantonalen Energiesteuer. Schon damals war der Wirtschaftskammer vorgeworfen worden, auch aus Eigennutz für die neue Energiesteuer eingetreten zu sein. Jedenfalls ist inzwischen klar, dass die Fördermassnahmen nicht eingestellt werden müssen.

Die Kantone sind nämlich bei energetischen Gebäudesanierungen nicht auf sich allein gestellt. Das Volks-Ja zur Energiestrategie auf Bundesebene garantiert, dass Bundesmittel für Fördermassnahmen in die Kantone fliessen. Es handelt sich dabei um einen jährlichen Sockelbeitrag von 2,8 Millio-

nen Franken sowie um eine Verdreifachung der vom jeweiligen Kanton eingesetzten Fördermittel.

Bis 2019 keine Probleme

Die von der Konferenz Kantonalen Energiedirektoren jährlich verbreitete Statistik zeigt auf, dass sich der Kanton Baselland bei der energetischen Sanierung von Gebäuden nahe beim schweizerischen Mittelwert bewegt. Gemäss den letzten vom Kanton Baselland publizierten Zahlen waren Ende 2016 noch 16 Millionen Franken für rechtskräftig bewilligte Fördergesuche nicht verbaut. Gemäss dem kantonalen Finanzplan belaufen sich die Jahrestanchen für die Fördermassnahmen auf netto 4,8 Millionen Franken jährlich.

Wie viel Geld zurzeit noch ungebunden im Fördertopf liegt, konnte gestern die Bau- und Umweltschutzdirektion nicht genau beziffern. Doch Schätzungen lassen darauf schliessen, dass es inklusive Bundesgelder noch über zehn Millionen Franken sein müssen, sodass die Mittel mindestens bis Ende 2019 ausreichen, in Anbetracht des garantierten Sockels an Bundes-

mitteln sogar darüber hinaus. Die vor Jahresfrist von Baudirektorin Sabine Pegoraro ausgeführte Prognose, die Mittel würden schon für 2018 nicht mehr ausreichen, stellt sich jedenfalls als nicht zutreffend heraus.

Woher in einer weiteren Zukunft kantonale Fördergelder fliessen, ist zurzeit offen. Der Landrat hat im März letzten Jahres die Regierung mit einem Postulat von Urs Kaufmann (SP) beauftragt, zu prüfen, ob energetische Sanierungsmassnahmen über neue Verpflichtungskredite aus der Kantonskasse geäufnet werden könnten. Eine Regierungsvorlage dazu steht jedoch noch aus.

In Diskussion ist ausserdem, ob energetische Sanierungsmassnahmen auch durch Mittel aus dem Wohnbauförderfonds unterstützt werden könnten. Dieser war Ende 2016 mit 42,4 Millionen Franken dotiert. In die Wohnbauförderung könnten auch Mittel aus der neuen Mehrwertabgabe fliessen. Zurzeit erarbeitet die Volkswirtschafts- und Gesundheitsdirektion ein neues Wohnbaufördergesetz, das demnächst in die Vernehmlassung gehen dürfte.

Ein Meilenstein für Münchenstein

Quartierplan «Parzelle 799» soll Bahnhof aufwerten

Von Oliver Sterchi

Münchenstein. Eine etwas heruntergekommene Lagerhalle, ein Abstellplatz für ausrangierte Autos, grauer Asphalt – das Areal am Stationsweg in unmittelbarer Nachbarschaft zum Bahnhof Münchenstein gibt heute ein wenig ansprechendes Bild ab. Wer nicht mit der S-Bahn unterwegs ist, verirrt sich sonst kaum in diesen Ortsteil. Doch das könnte sich bald ändern: Auf dem Areal soll nämlich in den nächsten Jahren eine moderne Überbauung mit rund 80 Wohnungen sowie Einkaufsmöglichkeiten entstehen. So sieht es der Quartierplan «Parzelle 799» vor, über den die Münchensteiner Stimmbürger an der Gemeindeversammlung vom 12. März abstimmen werden.

«Der Quartierplan läutet eine Ära des Umschwungs im Gebiet rund um den Bahnhof und im Quartier Gstadt ein», meint der Münchensteiner Gemeindepräsident Giorgio Lüthi (CVP) euphorisch.

Neuer Treffpunkt für Quartier

Im Januar 2016 verkaufte die Gemeinde Münchenstein das Areal an einen privaten Investor, mit der Auflage, die Brache zu entwickeln. Das vorliegende Projekt stammt vom Architekturbüro Stähelin Architekten aus Basel und sieht einen 30 Meter hohen Bau mit markanten Ecktürmen vor. Im Sockelgeschoss schweben den Planern kleinere Läden oder auch Gastrobetriebe vor. Dadurch soll der Ort zu einem lokalen Treffpunkt im Quartier werden. Gemeindepräsident Lüthi betont zudem die gute Erschliessung des Standorts: «Die künftigen Bewohner haben die Haltestellen für S-Bahn, Tram und Bus quasi vor der Haustüre.»

Als Vorbild für das Projekt diente wohl der Bahnhof Dornach-Arlesheim: Der im Jahr 2010 abgeschlossene Umbau verwandelte den vorher eher

trostlosen Ort in einen regionalen Hotspot. Die Passagierzahlen stiegen stark an und die umliegenden Quartiere erlebten einen regelrechten Boom. In diese Richtung zielt auch der Quartierplan «Parzelle 799» in Münchenstein. «Das Projekt hat grosse Signalwirkung für die Entwicklung der ganzen Gemeinde», sagt der CVP-Politiker.

Gemeinde will wachsen

Münchenstein strebt bis 2030 ein moderates Bevölkerungswachstum auf rund 14000 Einwohner an. «Die Gemeinde hat lange stagniert, jetzt wollen wir moderat wachsen», sagt Lüthi. Die Voraussetzung dafür ist die Schaffung von neuem Wohnraum, wie er nun in der Nähe des Bahnhofs vorgesehen ist. Da die verbleibenden Landreserven in der dicht besiedelten Agglomerationsgemeinde knapp sind, muss das Wachstum gegen oben stattfinden – Stichwort Verdichtung. Zu diesem Zweck hat die Gemeinde im Jahr 2016 ein Hochhauskonzept erstellt, welches mögliche Standorte für verdichtetes Bauen definiert. Wie der Blick in andere Unterbaselbieter Gemeinden zeigt, stossen Hochhaus-Projekte bei der Anwohnerschaft mitunter jedoch auf starke Ablehnung.

Dieser Problematik ist sich auch Giorgio Lüthi bewusst: «Es kann durchaus sein, dass es Widerstand geben wird. Ich rechne aber nicht damit.»

Eine Umfrage unter den Ortsparteien zeigt indes, dass die Vorlage politisch unbestritten ist. Sowohl die FDP als auch die SVP haben die Ja-Parole beschlossen. «Wir begrüssen es sehr, dass dieses Areal nun endlich aufgewertet wird», sagt Dominic Degen, Co-Präsident der Münchensteiner Freisinnigen. Noch nicht dazu äussern will sich die Co-Präsidentin der SP, Miriam Locher. Die Genossen fassen ihre Abstimmungsparole erst am Montag. Das letzte Wort aber haben die Stimmbürger am 12. März.



Ein markanter Bau beim Bahnhof. Münchenstein will in den nächsten Jahren moderat wachsen. Dafür braucht es neuen Wohnraum. Visualisierung Stähelin Architekten Basel

ANZEIGE

Einladung zur 32. PS-Versammlung der Basler Kantonalbank

Schritt für Schritt in die digitale Welt

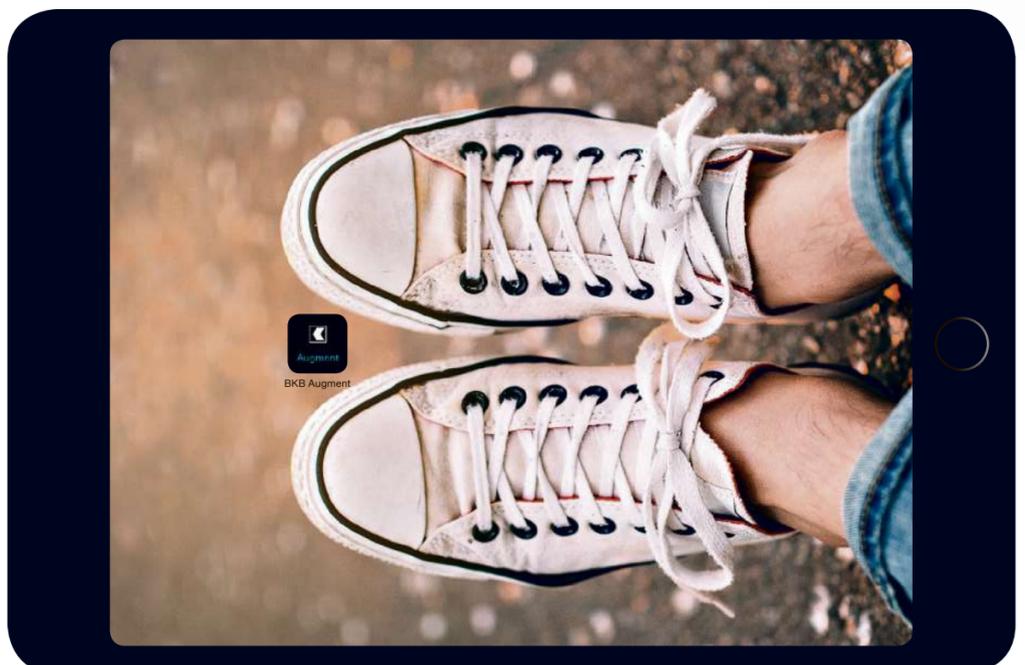
Geschätzte PS-Inhaberinnen und PS-Inhaber, 2017 erzielten wir ein sehr gutes Ergebnis. An unserem Erfolg lassen wir Sie teilhaben und laden Sie gerne ein:

32. PS-Versammlung der Basler Kantonalbank, Donnerstag, 26. April 2018, 18 Uhr, Eventhalle Messe Basel, Türöffnung um 17.30 Uhr

Wenn Sie Ihre Partizipationsscheine bei uns deponiert haben, erhalten Sie eine persönliche Einladung. Falls nicht, können Sie Ihre Eintrittskarte gegen Vorlage einer Depotbescheinigung zwischen dem 5. und dem 28. März 2018 an unseren Schaltern beziehen oder schriftlich anfordern bei der Basler Kantonalbank, Marketing, Postfach, 4002 Basel.



App «BKB Augment» runterladen, starten, draufhalten – entdecken!



www.bkb.ch

Basler Kantonalbank